



über die 1. Sitzung  
des Planungs- und Umweltausschusses  
am Dienstag, dem 1. Februar 2005  
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:05 Uhr  
Ende: 19:00 Uhr

Anwesend

#### Ratsmitglieder SPD

Herr Biedermann  
Herr Drescher  
Herr Eckardt  
Herr Krause  
Herr Lipinski  
Herr Madeja  
Herr Müller

#### Ratsmitglieder CDU

Frau Borowiak  
Frau Gerdes  
Herr Kissing  
Frau Middendorf  
Herr Schneider

#### Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Kühnapfel

#### Ratsmitglieder BG

Herr Kloß

#### Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Flörke  
Herr Kaczmarek  
Herr Sekunde  
Herr Slomiany  
Herr Theimann

#### Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Herr Diederichs-Späh  
Herr Nathmann

#### Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Schleier

#### Sachkundige Bürger/Bürgerinnen FDP

Herr Nieme

Sachverständige/r Bürger/Bürgerin  
Herr Stoltefuß

Sachverständige  
Herr Hellekemper  
Herr Rabeneck  
Herr Wiese

Verwaltung  
Herr Adamini  
Herr Baudrexl  
Herr Breuer  
Herr Dornblüth  
Herr Gliefe  
Herr Harrach  
Frau Holtmann  
Herr Jungmann  
Herr Liedtke

entschuldigt fehlten  
Herr Ebbinghaus  
Herr Kasperidus  
Frau Schneider

Herr **Lipinski** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Gäste sowie die Vertreter der Presse, und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtete Herr Lipinski folgende Mitglieder des Planungs- und Umweltausschusses:

Herr Stoltefuß, Herr Rabeneck, Herr Flörke, Frau Schleier

#### **A. Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Ausbau der Straßen "Im Roten Busch"	301/2004
2.	Ausbau der Heimstraße	300/2004
3.	Ausbau der Straße "Ebertallee"	5/2005
4.	Ausbau der Straße "Edelkirchenhof"	6/2005

5. Planfeststellung zur ökologischen Verbesserung der Seseke  
hier: Stellungnahme der Stadt Kamen 12/2005
6. Entwicklung eines Konzeptes für ein ausgewogenes und  
nachfrageorientiertes Einzelhandelsangebot in Kamen  
hier: Antrag der CDU-Fraktion
7. Bauvorhaben im Stadtgebiet  
hier: Bericht der Verwaltung
8. Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

301/2004 Ausbau der Straßen "Im Roten Busch"

Zu den Tagesordnungspunkten 1 bis 4 informierte Herr **Baudrexl** über den bisherigen Verfahrensablauf. Insbesondere wies er darauf hin, dass die aus den Anwohnerversammlungen hervorgegangenen konstruktiven Anregungen und Bedenken von der Verwaltung nach Abwägung in die Planungen einbezogen wurden.

Herr **Nieme** erkundigte sich, ob es möglich sei, das Siedlungsgebiet „Im Roten Busch“ zum förmlichen Sanierungsgebiet nach BauGB zu erklären.

Darauf hin stellten die Herren **Liedtke** und **Baudrexl** klar, dass dieses Instrumentarium in diesem Fall nicht angewendet werden kann. Die Voraussetzungen des BauGB sind nicht erfüllt. Zur Abgrenzung erläuterte Herr Baudrexl, dass z.B. bei der Neugestaltung der Kamener Fußgängerzone die Voraussetzungen für die Erhebung von Straßenbaubeiträgen nicht vorliegen.

Herr **Nieme** nahm diese Antwort zur Kenntnis.

Herr **Kloß** bat um Erläuterung verschiedener straßenbaubeitragsrechtlicher Punkte (Klassifizierung, Beitragssätze usw.).

Herr **Baudrexl** stellte klar, dass der Planungs- und Umweltausschuss lediglich über die Planung entscheide. Für die angesprochenen gebührenrechtlichen Belange sei der Haupt- und Finanzausschuss das zuständige Gremium. Des Weiteren teilte er mit, dass in der Anwohnerversammlung bereits ausführlich über diese Thematik des Straßenbaubeitrages informiert worden sei. Darüber hinaus ist die Verwaltung auch bereit, in Einzelgesprächen mit den Eigentümern die individuellen Fragen zu klären. Da Herr Kloß ebenfalls ein betroffener Eigentümer sei, gab er ihm die Empfehlung, diese Fragen direkt im persönlichen Gespräch mit der Verwaltung zu klären.

In Zusammenhang mit den Äußerungen von Herrn Kloß stellte der Vorsitzende, Herr **Lipinski**, die mögliche Befangenheit von Herrn Kloß als Eigentümer in den Raum.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich nach der Bauzeit.

Herr **Adamini** gab folgende Bauzeitfenster an:

- Im Roten Busch  
Kanalbau: Frühjahr 2005 bis September 2005  
Arbeiten der Versorgungsträger: September bis November 2005  
Straßenbau: Januar bis August 2006
- Heimstraße  
Kanalbau: Frühjahr bis Herbst 2006  
Straßenbau: Herbst 2006 bis Juni 2007  
Restarbeiten (z.B. Pflanzung): Herbst 2007

Auf Anfrage von Herrn **Kissing** teilte Herr **Adamini** mit, dass in einer zweiten Veranstaltung die überarbeitete Planung nochmals der Siedlergemeinschaft vorgestellt worden sei. Die daraus resultierenden Anregungen (Entfernung von 2 Baumscheiben/Weg in Kombination Pflaster/Asphalt) werden in die Planungen einbezogen.

**Beschluss:**

Der vorgestellten Planung zum Ausbau der Straßen „Im Roten Busch“ wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** mit 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

300/2004

Ausbau der Heimstraße

Die Anregung der Anwohner, die Ruhr-Lippe-Wohnungsbaugesellschaft zwecks Schaffung von weiteren Parkmöglichkeiten auf ihren Grundstücken anzusprechen, wurde von der Verwaltung aufgegriffen und entsprechende Kontakte mit der Wohnungsbaugesellschaft aufgenommen. Ergebnisse liegen jedoch noch nicht vor. Die Entscheidung liegt schlussendlich bei der Wohnungsbaugesellschaft; die Verwaltung hat keine rechtlichen Durchsetzungsmöglichkeiten.

Seitens der CDU-Fraktion bat Herr **Kissing** die Verwaltung in Anbetracht der Notwendigkeit zur Schaffung von zusätzlichem Parkraum und des bestehenden Parkdrucks in dem Bereich auf die Ruhr-Lippe-Wohnungsbaugesellschaft einzuwirken und hervorzuheben, dass diese Anregung der Anwohner ebenfalls vom Planungs- und Umweltausschuss getragen würde.

**Beschluss:**

Der vorgestellten Planung zum Ausbau der Heimstraße wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

5/2005

Ausbau der Straße "Ebertallee"

Herr **Adamini** erklärte, dass die in der Anwohnerversammlung angesprochenen Probleme im Konsens mit den Eigentümern gelöst wurden.

**Beschluss:**

Der vorgestellten Planung zum Ausbau der Straße „Ebertallee“ wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

6/2005

Ausbau der Straße "Edelkirchenhof"

Auf Nachfrage von Herrn **Kissing** erläuterte Herr **Adamini** die Sanierungsbedürftigkeit und den Sanierungsumfang der geplanten Straßenbaumaßnahme „Edelkirchenhof“.

Herr **Diederichs-Späh** fragte an, ob in die angesprochene Maßnahme KAG-pflichtig sei.

Herr **Baudrexl** erläuterte, dass die Stadt Kamen zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen verpflichtet sei.

Herr **Kissing** erkundigte sich, ob durch die Schaffung von Parkplätzen auf der Südseite Mehrkosten zu erwarten seien.

Herr **Adamini** verdeutlichte, dass die beschlossene Planung eine optimale Flächenausnutzung gewährleiste. Im Unterschied zu einer Anliegerstraße habe die Straße „Edelkirchenhof“ als Haupterschließungsstraße mit entsprechender Zentrumsnähe eine andere Funktionalität. Verkehrszählungen haben eine Auslastung der nördlichen Parkplätze von 67 bis 97 % ergeben und die Schaffung von zusätzlichen citynahen Parkflächen sei unerlässlich.

#### **Beschluss:**

Der vorgestellten Planung zum Ausbau der Straße „Edelkirchenhof“ wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

12/2005

Planfeststellung zur ökologischen Verbesserung der Seseke  
hier: Stellungnahme der Stadt Kamen

Zu Beginn der Beratung dieses Tagesordnungspunktes wies Herr **Baudrexl** darauf hin, dass die Planungen des Lippeverbandes bereits in verschiedenen Sitzungen vorgestellt wurden und somit als bekannt vorausgesetzt werden. Insgesamt würde das Vorhaben positiv beurteilt. Der Schwerpunkt der kritischen Anmerkungen der Stellungnahme der Stadt Kamen beziehe sich auf den Bereich des Hochwasserschutzes.

Herr **Jungmann** erläuterte ausführlich die Zielsetzung der Verwaltung in Bezug auf den Hochwasserschutz. Die Stadt Kamen fordert, den im innerstädtischen Bereich vom Lippeverband angesetzten HW 50 auf HW 100 festzuschreiben.

Herr **Nieme** bat Herrn Jungmann um Abgrenzung der gefährdeten Bereiche.

Herr **Jungmann** wies auf den Bereich der 5-Bogen-Brücke hin, wo bei HW 50 Teilbereiche überschwemmt würden.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich, ob die Forderung der Stadt Kamen eine Vergrößerung der Regenrückhaltung zur Folge habe.

Herr **Jungmann** verdeutlichte, dass die derzeitigen Planungen auf HW 50 ausgerichtet seien und hier bei einer höheren Festsetzung Nacharbeiten erforderlich würden. Die Überflutungsbereiche würden flächenmäßig zunehmen.

Herr **Kühnapfel** beurteilte die Forderung nach HW 100 nachvollziehbar und angebracht. Er erkundigte sich, ob die Erhöhung auf HW 100 über Retentionsflächen zu realisieren sei oder ob aber eine Profiländerung erforderlich würde, wobei letzteres sicherlich eine Verzögerung bei der Planfeststellung nach sich ziehen würde.

Herr **Jungmann** schätzte die Situation so ein, dass eine Abwicklung über Retentionsflächen ausreiche.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich nach der zu erwartenden Kostensteigerung durch den von der Stadt Kamen geforderten verbesserten Hochwasserschutz.

Herr **Jungmann** wies darauf hin, dass hier erst die Berechnungen abzuwarten seien und diesbezüglich nach derzeitigem Stand keine Aussage getroffen werden könne.

Herr **Kissing** fragte an, ob für die Stadt Kamen Sonderinteressen mit den Planungen des Lippeverbandes abgedeckt (städtebauliche Maßnahmen zur Einplanung ins Stadtbild) werden bzw. diesbezüglich Gespräche mit dem Lippeverband geführt worden sind.

Herr **Liedtke** erklärte, dass Sonderinteressen nicht berücksichtigt wurden. Im Laufe der langjährigen Entwicklung der Planung hätten sich in Abstimmungsgesprächen mit dem Lippeverband jedoch Punkte, wie z. B. Flächenverfügbarkeit und Entwicklung von Radwegen durch Nutzung vorhandener Unterhaltungswege des Lippeverbandes, ergeben.

Herr **Baudrexl** hob hervor, dass die Leitbilder und Ziele zur ökologischen Umgestaltung der Seseke ausdrücklich begrüßt werden.

Herr **Rabeneck** sprach sich als Vertreter des NABU gegen die Errichtung von durchgehenden Radwegen im Uferbereich aus. Dies ließe eine Störung bisher nicht erschlossener Naturbereiche erwarten. Er plädierte dafür, die Radwege abseits der Gewässertrasse zu errichten. Auch der BUND teile diese Auffassung.

### **Beschluss:**

1. Den Plänen des Lippeverbandes zur ökologischen Verbesserung der Seseke wird im Sinne einer zu erwartenden positiven und nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung in der Stadt Kamen zugestimmt. Die wesentlichen Ziele und Leitbilder, die der ökologischen Umgestaltung zugrunde liegen, werden ausdrücklich begrüßt.
2. Im Rahmen des laufenden Planfeststellungsverfahrens wird von der Stadt Kamen zu einzelnen Planungsdetails die in „Sachverhalt und Begründung“ dargelegte Stellungnahme abgegeben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

Entwicklung eines Konzeptes für ein ausgewogenes und nachfrageorientiertes Einzelhandelsangebot in Kamen  
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Unter Bezugnahme auf die Berichterstattung in der Presse zu diesem Thema sowie die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 15.06.2004 erläuterte Herr **Baudrexl** die Gründe für die externe Beauftragung einer Einzelhandelsuntersuchung. Das Einzelhandelsgutachten werde möglicherweise in der nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses vorgestellt.

Herr **Kissing** brachte zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion bereits im Februar 2001 die Anfertigung eines externen Einzelhandelsgutachtens gefordert habe. Diese Forderung sei seinerzeit abgelehnt worden. Seiner Meinung nach wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Verwaltung detaillierter über dieses Vorhaben informiert hätte. Er kritisierte insbesondere das Verhalten des Bürgermeister sowie des Wirtschaftsförderers.

Herr **Baudrexl** verwies Herrn Kissing bezüglich der persönlichen Kritik an den Wirtschaftsausschuss, in dem er die Personen direkt darauf ansprechen könne. Zu diesem Punkt lehnte er eine Stellungnahme ab. Bezüglich des Sinneswandel der Verwaltung, die Einzelhandelsuntersuchung extern zu vergeben, machte er deutlich, dass auch durch Ansiedlungsdruck eine externe Vergabe eines Einzelhandelsgutachtens mit detaillierten Ausarbeitungen erforderlich wurde (Beispiel Ringstraße), welches über die Bestandsaufnahme der Verwaltung hinausging. Als die Verwaltung den Handlungsbedarf erkannt hatte, sei der Planungs- und Umweltausschuss in der Sitzung am 15.06.2004 informiert worden, dass ggf. ein Nahversorgungs- und Einzelhandelskonzept für das gesamte Stadtgebiet erstellt werden soll. In dieser Sitzung habe es jedoch zu diesem Punkt keine weiteren Nachfragen oder Wortmeldungen gegeben. Dies wertete die Verwaltung als zukünftigen Handlungsrahmen. Er räumte ein, dass in der nachfolgenden Sitzung die Mitteilung hätte erfolgen können, dass das externe Einzelhandelsgutachten in Auftrag gegeben wurde.

Die Anfertigung des Einzelhandelskonzeptes wurde von Herrn **Kissing** positiv bewertet und er begrüßte die Absicht der Verwaltung, dieses bei Fertigstellung in den Ausschüssen zu präsentieren. Der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion sollte dieses zum Ausdruck bringen und die bereits seit 2001 geschilderte Erfordernis unterstreichen. Der Antrag beinhalte nunmehr keinen weiteren Entscheidungsgegenstand.

Herr **Baudrexl** stellte abschließend fest, dass der vorliegende Antrag abgearbeitet sei.

## Zu TOP 7.

Bauvorhaben im Stadtgebiet  
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Dornblüth** informierte anhand von Plänen über die Baumaßnahme des Fußball- und Leichtathletikverbandes im Bereich der Sportschule Kaiserau. Er stellte die Detailplanung und die einzelnen Grundrisse vor. Die ansprechende Planung soll möglichst zügig umgesetzt und verwirklicht werden. Lediglich die Außenfassaden seien noch abzustimmen.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich, ob Einsprüche von Anwohnern zu den Planungen eingegangen seien.

Herr **Baudrexl** stellte fest, dass der Bebauungsplan rechtskräftig sei und das Vorliegen weiterer Einsprüche von Anwohnern der Verwaltung nicht bekannt sei.

Herr **Dornblüth** ergänzte, dass noch Einwände im Verlauf des Genehmigungsverfahrens zum Bauantrag eingehen könnten.

## Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### 8.1 Mitteilungen der Verwaltung

8.1.1 Herr **Liedtke** teilte mit, dass im Bereich Mersch im Zuge der bereits angekündigten Pappelfällung weitere 4 Ebereschen (Gehwegbereich in Richtung Feuerwache) gefällt werden müssen. Die Ebereschen sind vergreist und weisen Entwicklungs- und Stammschäden auf. Sie sollen durch 6 standortgeeignete Bäume (z.B. Apfeldorn) ersetzt werden. Die Verwaltung geht davon aus, dass in Verbindung mit einer baumgerechten Wurzelraumvorbereitung diese Bäume sich besser entwickeln und den Straßenraum angenehmer prägen werden.

8.1.2 Des Weiteren informierte Herr **Liedtke** über die Fällung von 9 Pappeln im Bereich der Südschule (Schulhofbereich 3 Pappeln, Bereich Turnhalle 6 Pappeln). Die Gefahren und Schäden wurden durch Fotos dokumentiert und eingehend erläutert. Die Fällung ist im März 2005 vorgesehen. Eine Ersatzpflanzung von 6 Eichen im Bereich der Turnhalle ist vorgesehen. Im Schulhofbereich ist keine Ersatzpflanzung vorgesehen, da dieser Bereich bereits durch einen großen Baumbestand geprägt ist und durch das Umfeld (Ballspielbereich, Klettergerüst, Nachbarbebauung) eingeschränkt ist.

### 8.2 Anfragen

8.2.1 Herr **Wiese** teilte mit, dass im Bereich der Mühlenstraße in den letzten 3 Jahren durch den Kreis Unna 5 Linden bedingt durch Fäulnis und Blitzschäden gefällt worden seien. Bisher sei die vom Kreis Unna angedeutete Pflanzung von 5 Ersatz-Laubbäumen nicht erfolgt.

Herr **Liedtke** sagte eine Überprüfung der Angelegenheit zu.

- 8.2.2 Herr **Madeja** erkundigte sich nach den Ursachen für die Schäden an der Fassade des alten Rathauses.

Herr **Dornblüth** erklärte, dass die Ursachen abschließend durch einen Sachverständigen geklärt werden sollen. Das Ergebnis würde in einer der nächsten Sitzungen des Planungs- und Umweltausschusses mitgeteilt. Er wies darauf hin, dass eine Gewährleistung für die Arbeiten nicht mehr bestünde und darüber hinaus die damals beauftragte Firma insolvent sei.

- 8.2.3 Herr **Schneider** fragte an, ob es möglich sei, die Straßenreinigungsgebühr für die Straße Westenzäune, wo seit August 2004 die Straßenreinigung durch eine Baumaßnahme nicht erfolgen könne, abzusetzen. Er regte an, grundsätzlich bei lang andauernden Straßenbaumaßnahmen die Straßenreinigungsgebühr für die Dauer der Maßnahmen abzusetzen.

Herr **Jungmann** erläuterte, dass das Steueramt bei Kanalbaumaßnahmen aufgrund der Mitteilung des Eigenbetriebes die Straßenreinigungsgebühr absetze.

Herr **Schneider** bat um Überprüfung.

Herr **Liedtke** sagte eine entsprechende Information dazu für die nächste Sitzung zu.

- 8.2.4 Herr **Kühnappel** bemängelte, dass im nördlichen Bereich der Mühlenstraße Baumpflegearbeiten des Kreises Unna nicht sach- und fachgerecht ausgeführt worden seien (keine Wundverschlüsse an großen Schnittstellen). Er bat die Verwaltung, eine Stellungnahme vom Kreis Unna einzuholen und um eine fachgerechte Erledigung der Arbeiten zu bitten.

- 8.2.5 Herr **Müller** teilte mit, dass die Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk GmbH (kurz: THS) den Mietern in der Hans-Böckler-Siedlung eine Umwandlung der Mietwohnungen in Wohnungseigentum angeboten habe. Er erkundigte sich, ob die Verwaltung über dieses Vorhaben informiert sei.

Herr **Liedtke** entgegnete, dass die Verwaltung zwecks Klärung dieser Frage bereits Gespräche mit der THS führe. Eine entsprechende Information sagte er für die kommende Sitzung zu.

- 8.2.6 Herr **Müller** erkundigte sich, ob die Lagerung von Kanalbaumaterialien im Bereich des Brückenbauwerkes an der Bergstraße mit den Kanalbauarbeiten für die Anliegergrundstücke Südfeld zusammenhängen und wie der Sachstand dort sei.

Herr **Jungmann** erklärte, dass der Lippeverband mit der Bypassentwässerung für den Bereich Südfeld begonnen habe, nähere Einzelheiten seien jedoch nicht bekannt.

- 8.2.7 Herr **Kloß** fragte nach, weshalb die Verwaltung ein Sachverständigengutachten für die Bauschäden am alten Rathaus einholen wolle und zweifelte die Notwendigkeit an.

Herr **Dornblüth** entgegnete, dass durch ein Sachverständigen-gutachten neben der Ursachenklärung auch eine sach- und fach-gerechte Ausführung der tatsächlich erforderlichen Arbeiten angezeigt würde.

- 8.2.8 Herr **Kloß** bat um Mitteilung, in welchem Umfang Sanierungsarbeiten am alten Rathaus vorgenommen werden müssen.

Herr **Lipinski** verwies auf die vorangegangene Erläuterung von Herrn Dornblüth zum Sachverständigengutachten, welches diese Frage aufgreifen werde.

Herr **Dornblüth** ergänzte, dass das derzeitige Schadensbild eine punktuelle Sanierung ausschliesse, da größere Flächen betroffen seien.

Herr **Kissing** wies darauf hin, dass nur durch die angestrebte Ursachenforschung im Rahmen des Sachverständigengutachtens eine sach- und fachgerechte Schadensbeseitigung gewährleistet sei.

- 8.2.9 In Zusammenhang mit dem Ausbau des Autobahnkreuzes (nord-westlicher Quadrant) erinnerte Herr **Kissing** an die Aufstellung eines Lärminderungsplanes.

Herr **Liedtke** bewertete die Gespräche zum Lärmschutzwall an der Autobahn insgesamt als positiv.

In Bezug auf die Erstellung eines Lärminderungsplanes erwiderte Herr Liedtke, dass der Planungs- und Umweltausschuss in seiner Sitzung am 18.06.2002 aufgrund eines Antrages der SPD-Fraktion die Verwaltung ermächtigt habe, die Beauftragung vorbehaltlich einer entsprechenden Förderung vorzunehmen. Nach Angebotseinholung wurde ein entsprechender Zuwendungsantrag am 11.09.2002 gestellt. Bis heute liegt keine Förderzusage vor. Haushaltsmittel für die Aufstellung des Lärminderungsplanes wurden in den NKF-Haushalt 2005 aufgenommen.

In diesem Zusammenhang wies Herr **Kissing** auf die gesetzliche Verpflichtung zur Aufstellung einer Lärminderungsplanung hin. Er beantragte, das Thema „Lärminderungsplanung“ in der nächsten Sitzung in die Tagesordnung aufzunehmen.

- 8.2.10 Herr **Rabeneck** erkundigte sich nach der Lage der Ausgleichsflächen für Neubaugebiete.

Herr **Liedtke** verwies auf die vorangegangene Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses, in der die Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bereits ausführlich dargestellt wurde. Für den Bereich Heeren-Werve (Plettenberg) sei eine Aufforstung in Zusammenarbeit mit dem Forstamt geplant. In Rottum würden punktuelle Ausgleichsmaßnahmen derzeit veranlasst.

- 8.2.11 Herr **Kissing** regte an, im Planungs- und Umweltausschuss ein bei den Wohnungsbaugesellschaften im Kreis Unna vorliegendes Gutachten zur Wohnungsentwicklung vorzustellen.

Herr **Baudrexl** erwiderte, dass ihm lediglich bekannt sei, dass seit wenigen Tagen beim Kreis Unna eine Bevölkerungs-Entwicklungs-Prognose vorläge und zwei Wohnungsbaugesellschaften erwägen, ein Gutachten zur Wohnungsentwicklung erstellen zu lassen und diese seines Wissens eine Co-Finanzierung bei den Kommunen suchen. Er sagte zu, dass die Verwaltung sich erkundigen werde. Eine weitere Thematisierung im Planungs- und Umweltausschuss wäre denkbar.

- 8.2.12 Herr **Madeja** bat um nähere Informationen zu den Baumfällungen im Mühlentorweg.

Herr **Liedtke** erläuterte das eingeleitete Verfahren nach der Baumschutzsatzung.

- 8.2.13 Herr **Hellekemper** erkundigte sich nach der Zuständigkeitsregelung für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

Herr **Liedtke** erläuterte, dass die Stadt Kamen in Zusammenarbeit mit dem Kreis Unna im Geltungsbereich des Landschaftsplanes zuständig sei. Bei der Aufforstung arbeitet die Stadt Kamen mit dem Forstamt zusammen.

- 8.2.14 Herr **Kissing** bat um Information über die Kosten für die Auskoffierung des Biotops am Galgenberg.

Herr **Liedtke** erklärte, dass diese Aktion vom NABU durchgeführt und finanziert worden sei. Nach seinen Informationen betragen die Kosten ca. 5.000,00 €. In diesem Zusammenhang danke er dem NABU für das gezeigte Engagement.

- 8.2.15 Herr **Kissing** informierte über die Situation am Gantenbach, die seiner Meinung nach nicht dem Wasserhaushaltsgesetz entspreche und der Einschreitung bedürfe (Einlaufbauwerk kippt).

Herrn **Liedtke** war diesbezüglich nichts bekannt.

Herr **Jungmann** teilte mit, dass größere Maßnahmen nicht vorgesehen seien; eine Räumung sei in den nächsten Jahren geplant.

Zum Abschluss bemerkte Herr **Lipinski** die Vielzahl von Anfragen, die im Verlauf der Sitzung gestellt wurden. Er beurteilte die Antworten der Verwaltung als sachkompetent und gut und bedankte sich.

Herr Lipinski schloss die Sitzung um 19.00 Uhr.

gez. Lipinski  
Vorsitzender

gez. Liedtke  
Schriftführer